

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

32. Jahrgang

Berlin, den 16. Juli 1965

A 22127 C

Nummer 29

Zur Entwicklung des Außenhandels der Bundesrepublik

Die Ausfuhr hat im Verlauf dieses Jahres weiterhin wesentlich schwächer zugenommen als die Einfuhr, deren außergewöhnlich rasches Wachstumstempo unvermindert angehalten hat. In den ersten fünf Monaten übertraf die Einfuhr ihren Vorjahrswert um 23 vH gegenüber 24 vH im vierten und 11 vH im dritten Quartal des vergangenen Jahres. Die Ausfuhr nahm um 10 vH zu und ist damit ebenfalls stärker gestiegen als im vorausgegangenen Halbjahr (7 vH). Da der Index der Durchschnittswerte von Einfuhr und Ausfuhr um rund 2 vH höher war als in der gleichen Vorjahrszeit, hat sich der Warenverkehr in beiden Richtungen real weiterhin in etwas geringerem Maße erhöht als die tatsächlichen Werte, nämlich bei der Einfuhr um 21 vH und bei der Ausfuhr um 8 vH.

Die Entwicklung des Auftragseingangs aus dem Ausland ist bislang schwächer ausgefallen als das Wachstum der Ausfuhr. Mit 6 vH war die Zuwachsrate im Monatsdurchschnitt Januar bis Mai zudem geringer als im zweiten Halbjahr 1964 (9 vH). Trotz dieser Abschwächung im Zuwachs ist der Bestellungseingang bei der Industrie weiterhin größer gewesen als ihr gleichzeitiger Auslandsumsatz. So übertrafen die Exportaufträge die Ausfuhrlieferungen der Industrie — hauptsächlich wegen der Entwicklung im Investitionsgüterbereich — von Januar bis Mai um durchschnittlich 6 vH gegenüber 5 vH im vierten Quartal und 2 vH im dritten Quartal des vergangenen Jahres. In den letzten beiden Monaten hat sich die Relation von Auftragseingang zu Umsatz aber verringert; sie betrug im April/Mai 103 gegenüber 108 im ersten Quartal.

Daß die Ausfuhr im ersten Quartal besonders kräftig zugenommen hat (12 vH), dürfte darauf zurückzuführen sein, daß wegen der Zollsenkung in der EWG zum 1. Januar Auslieferungen aufgrund früherer Bestellungen teilweise in das neue Jahr verlegt worden sind. Im April/Mai ist der Zuwachs der Ausfuhr wieder zurückgegangen (9 vH). Damit hat sich auch die im vergangenen Jahr vorherrschende — vorübergehend unterbrochene — Tendenz zur Niveauangleichung von Ausfuhr und Einfuhr erneut durchgesetzt. Im Monatsdurchschnitt April/Mai wies die Handelsbilanz nur noch einen Überschuß von 0,1 Mrd. DM auf gegenüber 0,8 Mrd.

D-Mark im entsprechenden Vorjahrszeitraum und 0,4 Mrd. DM im Durchschnitt der Monate Januar bis März.

Die Exportpreise sind weiter gestiegen. Der Index der Verkaufspreise für Ausfuhr Güter, der aus den Preisen bei Abschluß der Exportverträge ermittelt wird, hat sich in den ersten fünf Monaten um reichlich 1 vH erhöht; das Vorjahrsniveau wurde von Januar bis Mai durchschnittlich um 3 vH überschritten. Sowohl Investitionsgüter als auch Verbrauchsgüter haben sich weiter verteuert, die Investitionsgüter jedoch nicht mehr so stark wie bisher. Die Verkaufspreise für Konsumgüter sind dagegen leicht beschleunigt und — entgegen der bisherigen Entwicklung — etwas stärker gestiegen als die Verkaufspreise für Investitionsgüter.

Höhere Preise waren auch bei der Einfuhr zu verzeichnen. Verteuert hat sich vor allem die ernährungswirtschaftliche Einfuhr, besonders Gartenbauprodukte und viehwirtschaftliche Erzeugnisse. Bei Fertigwaren haben die Preise demgegenüber nur wenig angezogen, teilweise haben die ausländischen Anbieter ihre Preise sogar gesenkt. Insgesamt ist der Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter, der aus den Preisen bei Abschluß der Importverträge gebildet wird, in den ersten fünf Monaten dieses Jahres um 1 vH gestiegen; der Stand vom vergleichbaren Vorjahrszeitraum wurde um etwa 2 vH überschritten.

An der Expansion der Einfuhr waren die Warengruppen unterschiedlich beteiligt. Mit der Normalisierung der Lagerhaltung hat sich das Entwicklungstempo der Rohstoffeinfuhr erheblich verlangsamt. Auch die Halbwareneinfuhr ist nicht mehr ganz so schnell gestiegen wie bisher, der Abstand zum Vorjahrsniveau war jedoch immer noch beträchtlich. Die ernährungswirtschaftliche Einfuhr hat ihren Stand vom Vorjahr ebenfalls relativ stark überschritten, hauptsächlich aufgrund vermehrter Bezüge von Obst, Gemüse und Futtermitteln. Ausschlaggebend für den kräftigen Anstieg der Wareneinfuhr war jedoch die Einfuhr von industriellen Fertigwaren (ohne Rüstungsgüter); die Zuwachsbetrag reichlich 32 vH gegenüber 26 vH und 22 vH im vierten und dritten Quartal des vergangenen Jahres. Die Einfuhr von Rüstungsgütern, die im

Außenhandel der Bundesrepublik nach Ländergruppen

Herstellungs- bzw. Verbrauchs- länder	Einfuhr					Ausfuhr				
	1964				1965	1964				1965
	Jahr	1. Halbj.	2. Halbj.	Jan.-Mai		Jahr	1. Halbj.	2. Halbj.	Jan.-Mai	
	Anteil in vH	Wachstumsraten gegenüber dem Vorjahr in vH				Anteil in vH	Wachstumsraten gegenüber dem Vorjahr in vH			
EWG	34,7	17,6	11,2	23,4	40,8	36,4	8,6	18,2	0,2	3,8
Frankreich	10,7	14,1	14,8	13,4	24,8	11,4	15,4	20,9	10,5	5,8
Italien	7,6	20,8	10,7	29,7	57,0	7,1	-15,9	1,9	-30,9	-17,6
Belgien/Luxemburg	7,3	28,2	15,7	39,3	49,9	7,5	17,8	25,1	11,4	14,4
Niederlande	9,1	11,7	4,3	18,4	41,3	10,4	17,8	25,2	11,1	11,3
Drittländer	65,3	10,0	5,8	14,2	15,1	63,6	13,0	14,6	11,5	14,5
EFTA	18,2	10,8	8,1	13,3	16,7	27,2	12,0	13,6	10,5	12,3
Großbritannien	4,7	12,6	10,5	14,6	15,2	4,2	22,8	29,9	16,3	-5,8
Übriges Europa ¹⁾	4,5	14,3	13,1	15,4	7,7	6,2	13,7	15,6	11,9	15,4
Nordamerika	15,0	1,8	-8,3	12,9	17,9	8,3	14,2	17,3	11,6	16,1
USA	13,7	1,6	-9,4	14,0	17,5	7,4	14,1	16,0	12,4	15,7
Süd- und Mittelamerika	7,1	5,0	6,4	3,6	11,4	4,8	8,0	8,5	7,6	7,6
Asien	7,7	5,9	0,1	12,1	10,7	7,5	10,2	12,9	7,9	20,4
Afrika	7,5	35,8	41,4	31,0	20,0	4,6	15,0	21,4	9,7	13,9
Ostblock ²⁾	4,1	11,9	6,1	17,0	19,1	3,6	27,8	20,7	34,2	21,7
Sonstige Länder	1,2	17,5	18,5	16,5	-5,0	1,4	14,0	8,9	18,5	20,0
Insgesamt	100,0	12,6	7,6	17,3	23,5	100,0	11,3	15,9	7,3	10,4

¹⁾ Spanien, Griechenland, Türkei, Finnland, Jugoslawien, Island, Irland, Gibraltar, Malta. — ²⁾ Einschl. asiatische Länder.

Vorjahr besonders niedrig gewesen war, erhöhte sich gleichfalls rasch.

Regional lag das Schwergewicht der Einfuhrsteigerung bei den Bezügen aus dem EWG-Raum. Mit 41 vH übertraf ihre Zunahme erheblich den Anstieg der Gesamteinfuhr. Der Anteil der EWG belief sich auf reichlich 37 vH gegenüber knapp 36 vH im zweiten Halbjahr 1964. Eingeführt wurden vor allem Fertigwaren und Ernährungsgüter; im Vergleich zum Vorjahr entfielen allein drei Viertel der gesamten Mehreinfuhr der Bundesrepublik an Fertigwaren und über 80 vH der zusätzlichen Ernährungsgütereinfuhr auf Lieferungen aus den EWG-Ländern.

Die Ausfuhr in die EWG hat sich dagegen nur schwach erhöht. Sie stieg um knapp 4 vH, nachdem sie im vorausgegangenen Halbjahr ihren Vorjahrsstand gerade erreicht hatte. Verantwortlich hierfür waren Stagnationserscheinungen in der französischen Wirtschaft sowie der Umstand, daß in Italien die Erholung von der Rezession bislang nur geringe Fortschritte gemacht hat. Die Ausfuhr nach Italien, die seit dem Sommer vergangenen Jahres zurückgegangen ist, blieb weiter hinter dem Vorjahrsstand zurück, wenn auch nicht mehr ganz so stark wie bisher. Nach Frankreich hat die Ausfuhr nur verlangsamt zugenommen. Ein überdurchschnittlicher Anstieg war dagegen nach wie vor in die Benelux-Länder zu verzeichnen.

In die übrigen, nicht zur EWG zählenden Absatzräume ist die Ausfuhr beschleunigt gestiegen. Dies gilt auch für die Ausfuhr in den EFTA-Raum, obwohl nach Großbritannien infolge des hohen Zusatzzolls auf Fertigerzeugnisse weniger geliefert worden ist als vor Jahresfrist. Nach den Vereinigten Staaten expandierte die Ausfuhr weiterhin sehr kräftig. Höhere Zuwachsraten als in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres wurden auch im Export nach den Entwicklungsländern, vor allem in Asien und Afrika, erzielt.

Die schwache Entwicklung der Ausfuhr in den EWG-Raum hat sich somit weiterhin hemmend auf das Expansionstempo der Gesamtausfuhr ausgewirkt. Dies veranschaulicht den Einfluß, den Nachfrageschwankungen in den übrigen EWG-Ländern bei dem bereits erreichten hohen Grad der Außen-

handelsverflechtung auf die Ausfuhr und damit die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik ausüben.

Der Anteil der EWG an den Ausfuhren hat sich seit der Gründung der Wirtschaftsgemeinschaft im Jahre 1958 von 27 vH auf 36 vH erhöht. Die Anteile der EFTA und der Vereinigten Staaten sind dagegen mit rund 27 vH bzw. 7 vH annähernd konstant geblieben. Die zunehmende Verflechtung mit dem EWG-Raum wirkte sich damit zu Ungunsten des Ausfuhranteils der übrigen Absatzräume aus, d. h. hauptsächlich der weniger industrialisierten Gebiete in Europa und Übersee; ihr Anteil ging von 39 vH auf 30 vH zurück.

In der Intensivierung des EWG-Handels der vergangenen Jahre spiegelt sich einmal das besonders kräftige Wirtschaftswachstum in den Partnerländern wider. Das Sozialprodukt der übrigen EWG-Länder erhöhte sich im Zeitraum 1958 bis 1964 nominal um 72 vH; im EFTA-Raum und in den USA war eine Steigerung um 52 vH bzw. 40 vH zu verzeichnen. Hinzu kam die überdurchschnittliche Ausweitung des Warenverkehrs im EWG-Raum. Während sich die Einfuhr der übrigen EWG-Länder seit 1958 fast verdoppelt hat (+ 95 vH), erhöhten sich die Einfuhren der EFTA-Länder und der Vereinigten Staaten nur etwa im Maße der Sozialproduktssteigerung (60 vH bzw. 46 vH).

Die Ausfuhren der Bundesrepublik sind im Vergleich zu den Einfuhren ihrer Außenhandelspartner überdurchschnittlich gestiegen. Eine im Verhältnis zur Entwicklung der Einfuhr der EWG-Länder ungewöhnlich starke Expansion der deutschen Ausfuhr war dabei jedoch nicht festzustellen. Zwar nahm die Ausfuhr in den EWG-Raum wesentlich kräftiger zu (146 vH), als dies bei der Ausfuhr in die EFTA (83 vH) und in die Vereinigten Staaten (87 vH) der Fall gewesen ist. Der Quotient aus Ausfuhrzuwachs (der Bundesrepublik) zu Einfuhranstieg war in bezug auf die EWG im Durchschnitt der vergangenen Jahre mit 1,5 aber nur wenig größer als in bezug auf die EFTA (1,4); für die Ausfuhr nach den USA errechnet sich sogar ein Verhältnis von 1,9. Das Vordringen der deutschen Waren auf den Auslandsmärkten war demnach (in den USA) besonders aus-

geprägt, was sich hauptsächlich mit der raschen Ausweitung des Absatzes von deutschen Automobilen in den Vereinigten Staaten erklärt.

In diesem Jahr ist die Einfuhr der übrigen EWG-Länder, deren Wachstum sich seit den Sommermonaten 1964 bei rückläufigen Einfuhren Italiens bereits erheblich abgeschwächt hatte, anfänglich sogar zurückgegangen. Daß die Ausfuhr der Bundesrepublik trotzdem gestiegen ist, dürfte mit der EWG-Zollsenkung Anfang dieses Jahres in Zusammenhang stehen, von der der Warenverkehr im EWG-Raum profitierte, nicht dagegen die Einfuhr aus den Drittländern, die unter ihrem Vorjahrsstand geblieben ist. Seit dem Frühjahr zeichnet sich bei den Einfuhren jedoch eine Belebung ab.

Die Exportaussichten für die Bundesrepublik im weiteren Verlauf dieses Jahres hängen nicht zuletzt

davon ab, inwieweit es gelingt, die rezessiven Tendenzen in der italienischen und französischen Wirtschaft zu überwinden. Bei Schätzungen wird gegenwärtig davon ausgegangen, daß die Wachstumsrate des Sozialprodukts in der Gemeinschaft (ohne Bundesrepublik) 1965 geringer ausfallen wird als 1964 (nominal etwa 9 vH). Auch in der EFTA wird die Fortschrittsrate von 1964 (9 vH) voraussichtlich unterschritten werden. In den Vereinigten Staaten dagegen dürfte das Sozialprodukt nochmals in dem Tempo steigen wie 1964. Diese Indikatoren deuten darauf hin, daß der Zuwachs der deutschen Ausfuhr 1965 hinter dem Anstieg von 1964 (12 vH) zurückbleiben wird. Für die gesamte Warenausfuhr (in der Abgrenzung der Sozialproduktsrechnung) ist für 1965 mit einer nominalen Zuwachsrate von etwa 10 vH zu rechnen.

Über die „Leitsätze zur Verbesserung der Agrarstruktur“ und die „Leitbilder für bäuerliche Familienbetriebe“

Zur Orientierung der Agrarstrukturpolitik sind im Jahr 1956 von einem beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gebildeten Ausschuß Leitsätze zur Verbesserung der Agrarstruktur und Leitbilder für bäuerliche Familienbetriebe aufgestellt worden. In überarbeiteter Form liegen sie bis heute den Maßnahmen zugrunde, mit deren Hilfe die Produktions- und Arbeitsbedingungen der westdeutschen Landwirtschaft in einem langwierigen Prozeß verbessert werden. Ihre vorgesehene Überarbeitung gibt zu Bemerkungen Anlaß, mit denen zugleich Überlegungen fortgeführt werden, über die hier in letzter Zeit bereits berichtet worden ist¹⁾.

Zeitfaktor vernachlässigt

In den Leitsätzen wird erklärt, daß die Verbesserung der Agrarstruktur nicht eine Aufgabe ist, die durch eine „einmalige Verwaltungsmaßnahme für alle Zukunft gelöst werden kann“ (Ziff. 4). Es wird als eine *permanente* Aufgabe erkannt, die Agrarstruktur an die sozialökonomischen Veränderungen anzupassen und angepaßt zu erhalten. In diesem Zusammenhang werden auch die Wechselwirkungen zwischen den Entwicklungen in der übrigen Wirtschaft und auf anderen Lebensgebieten einerseits sowie den Veränderungen der Agrarstruktur andererseits erwähnt.

Aus dieser Erkenntnis der Bedeutung des Zeitfaktors und der Interdependenz zwischen der agrarstrukturellen Aufgabenstellung und den Veränderungen in anderen Bereichen müssen sich zwei Einsichten ergeben:

a) Die Agrarstrukturpolitik wählt sich ihre wirtschaftlichen Zielgrößen nicht selbst, sondern erhält sie von der Umwelt, in die die gesamte Agrarpolitik gestellt ist, weitgehend vorgeschrieben. Sie kann also nur mit dem Blick auf diese Umwelt, d. h. auf die anderen Wirtschafts- und Lebensbereiche ihre eigenen Zielsetzungen formulieren, wenn diese nicht gleichsam in der Luft hängen und von der Entwicklung nicht laufend überrollt werden sollen.

b) Auch die Leitbilder für den bäuerlichen Betrieb müssen dynamisch sein, d. h. die Dimension Zeit enthalten. Sie dürfen nicht einen augenblicklichen Zustand fixieren, sondern müssen Projektionen entlang der Zeitachse darstellen.

Die ungenügende Berücksichtigung dieser in den Leitsätzen des Ausschusses enthaltenen Einsichten bei der Formulierung der „Leitbilder für bäuerliche Familienbetriebe“ mag dazu beigetragen haben, daß in einer vor kurzem erschienenen OECD-Studie gefordert wurde, die Bundesrepublik müsse eine Strukturpolitik entwickeln, die nicht nur die allernächste Zukunft im Auge habe. Die Strukturmaßnahmen bis in die jüngste Vergangenheit hätten gewöhnlich darauf abgezielt, Betriebstypen und -größen zu stärken, die zwar im Augenblick, nicht aber für eine längere Zukunft lebensfähig seien²⁾.

Ständige Erneuerung der Diskrepanzen

Die Konsequenz, die allein dadurch entsteht, daß die reale Nachfrage nach Nahrungsmitteln auf der Erzeugerstufe ganz erheblich langsamer wächst als das allgemeine Realeinkommen je Kopf, kann mit folgenden Zahlen wenigstens näherungsweise verdeutlicht werden: Bei einem jährlichen Realeinkommenswachstum je Kopf von 4 vH und einer Einkommenselastizität der Nachfrage nach Ernährungsgütern auf der Erzeugerstufe von etwa 0,3 wäre eine Verminderung der landwirtschaftlich Erwerbstätigen um jährlich 2,7 vH nötig, wenn die in der Landwirtschaft Verbleibenden aus dem Absatzwachstum dieselbe Erhöhung ihres Realeinkommens erzielen sollen. Diese Rate würde zu einem Rückgang der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit um ein Viertel in zehn Jahren, um 42 vH in zwanzig Jahren führen.

Über zehn oder mehr Jahre gesehen ist diese Einkommenselastizität jedoch gewiß wesentlich zu hoch angesetzt, auch wird der Anteil der Vorleistungen an der landwirtschaftlichen Produktion weiterhin steigen. Andererseits braucht der Anteil der Netto-Ernährungsgüterimporte an der Bedarfsdeckung nicht als unverändert oder unveränderbar in die Rechnung einzugehen, er kann abnehmen; und ganz gewiß wird die Bevölkerungszahl ansteigen. Es ist schwer zu sagen, ob per Saldo der den Rückgang des Arbeitsvolumens verstärkende Einfluß der zuerst genannten Faktoren oder der sie mildernde Einfluß der zweiten Faktorgruppe überwiegen wird. Das hängt im einzelnen auch von der Lösung agrarpolitischer Gestaltungsaufgaben ab. Freilich wird es

¹⁾ Vgl. Wochenbericht Nr. 5/1965 und Nr. 21/1965.

²⁾ Documentation in Food and Agriculture No. 67: Problems of Manpower in Agriculture. Paris 1964, S. 94.

nichts daran ändern, daß im Verlauf von zwanzig Jahren ein heutiger Zwei-Mann-Betrieb ökonomisch annähernd auf einen Ein-Mann-Betrieb „geschrumpft“ sein wird. Dabei ist das Problem einer etwaigen Einkommensdisparität in der Ausgangssituation, geschweige die Frage ihrer Beseitigung in absehbarer Zukunft noch gar nicht in die Überlegung einbezogen, ebensowenig eine voraussichtliche weitere Entwicklung der relativen Preise (terms of trade) zuungunsten der Landwirtschaft.

Wenn trotz dieser Sachlage in den „Leitbildern“ ausgeführt wird, „die Mindestgröße des Familienbetriebes wird durch die Möglichkeit bestimmt, für durchschnittlich zwei betriebsnotwendige Voll-Arbeitskräfte ein jährliches Arbeitseinkommen von 4000—5000 DM je Voll-AK zu erreichen“ (Ziff. 3), so berücksichtigt diese Formulierung weder die *Entwicklung* der Einkommen noch die *Senkung* des Arbeitskräftebesatzes je Flächeneinheit bzw. — bei gegebener Nutzfläche — je Betrieb. Sie ist daher als Leitbild ungeeignet!

Investitionen als Lösung scheinbarer Widersprüche

Dieser Eindruck wird verstärkt, wenn man im weiteren auf die Vermutung stößt, „der heute *scheinbar* unaufhaltsame Drang nach Erweiterung der Betriebe dürfte eine *vorübergehende* Erscheinung sein, solange die Bauern noch bereit sind, ihre bisherige Arbeitslast auf sich zu nehmen, anstatt das Arbeitsmaß anderer Berufe auch als Maßstab der eigenen Lebensführung zu setzen“ (Ziff. 7)³⁾. Es kann doch wohl schwerlich davon ausgegangen werden, daß in der Landwirtschaft sich zwar die Dauer der individuellen Arbeitszeit, nicht aber die Einkommenswünsche an den Verhältnissen in anderen Wirtschaftszweigen orientieren. Kürzere Arbeitszeit wird gewiß nicht unter Verzicht auf höheres Einkommen erstrebt werden. Nicht nur denkbar, sondern erwiesen ist jedoch, daß sich die nur scheinbare Antinomie dieser beiden Zielsetzungen durch *Investitionen* (technisch-ökonomischen Fortschritt und Aufstockung) lösen läßt. Schaffung investitionsfähiger Betriebseinheiten mit laufend steigendem Kapitalbesatz/Arbeitskraft und sinkendem Arbeitskräfte-Besatz/ha muß also das Fazit dieser Überlegungen sein, nicht die vage ausgedrückte Hoffnung, daß der unter westdeutschen Verhältnissen erwünschte Drang nach Betriebsvergrößerung vorübergehender Natur sein werde. Dabei ist ausdrücklich hervorzuheben, daß diese Betriebseinheit nicht auf allen Gebieten der auf sich selbst gestellte Familienbetrieb zu sein braucht, sondern seine Integration und sein Zusammenschluß mit anderen Betrieben derselben sowie vor- oder nachgelagerter Produktionsstufen in besonderer Weise der Stärkung von Familienwirtschaften zu dienen vermag. Deshalb sollte in Leitbildern für Familienbetriebe gerade der Gedanke überbetrieblicher Zusammenarbeit erwähnt werden. Andernfalls ist die Gefahr groß, daß sich mit dem Begriff der Selbstständigkeit weiterhin falsche Vorstellungen verbinden.

³⁾ Im Original nicht kursiv.

Produktivitätspolitik

Eine solche Schlußfolgerung, die in den Leitbildern völlig fehlt, würde vermeiden, daß in Ziffer 7, wo die „jeweils günstige Größe des Familienbetriebes“ als Ergebnis einer Gleichgewichtslage zwischen Einkommensziel und tragbarem Arbeitsmaß definiert wird, der richtige Hinweis auf das Produktivitätsproblem nur in Gestalt einer Leerformel auftaucht. Es wird nämlich dort lediglich gesagt, daß die günstige Familiengröße bei Berücksichtigung dieses tragbaren Arbeitsmaßes „nicht bei der höchstmöglichen, sondern der in diesem Sinn optimalen Produktivität (liege)“. Viel wichtiger wäre zu betonen, daß die Produktivität ständig steigen muß und — mit welchem Attribut auch immer versehen — kein Datum ist, sondern beeinflußt werden kann. Wenn bei gegebenen Produktionsgrundlagen die in jedem Fall von Wirtschaftlichkeitserwägungen bestimmte Höhe und Steigerung der Produktivität zur Behauptung eines Betriebes nicht ausreichen, so müssen die Produktionsgrundlagen immer wieder umgestaltet oder der Betrieb aufgegeben werden. So verstanden, wäre an dieser Stelle ein Hinweis auf *Produktivitätspolitik* mit allen Instrumenten positiver und negativer Rationalisierung als Bestandteil der Leitbilder auch für bäuerliche Familienbetriebe fällig.

Alle diese Gedanken laufen auf die These hinaus, daß in neuen Leitbildern nicht nur — wie in den alten — umschrieben werden muß, wie der dem augenblicklichen Stand der Entwicklung entsprechende Familienbetrieb etwa aussehen kann. Vielmehr muß in erster Linie das Moment der ständigen *weiteren Entwicklungsfähigkeit* solcher Betriebe herausgearbeitet werden. Auf diese Weise werden die jetzt statisch wirkenden Leitbilder nach der Zukunft hin geöffnet. Man wird dann das Betriebsgrößenproblem sicher nicht allein unter dem die Richtung der Veränderung offenlassenden Stichwort „Beweglichkeit der Betriebsgrößen“ (Ziff. 8) behandeln können, womit in erster Linie auch die Anpassung an eine in den verschiedenen Lebensphasen der Familie unterschiedliche Arbeitsmacht gemeint ist. Diese Veränderung verläuft tatsächlich bald in der einen, bald in der anderen Richtung. Auch Anpassung der Betriebsgröße an die Standortbedingungen genügt nicht. Denn über diese Einflüsse hinaus gibt es einen Trend, der für den Vollerwerbsbetrieb, der dies bleiben will, eine eindeutig vorgezeichnete Richtung besitzt. Dieses Problem kann um so weniger ausgespart werden, als mit seiner besseren oder schlechteren Bewältigung die Frage des Gleichgewichtes auf den Agrarmärkten — vor allem den der Veredelungsprodukte — eng zusammenhängt. Eine innere Aufstockung zur Steigerung der Einkommen ist immer nur ein Weg für wenige, wenn Überschüsse vermieden werden sollen. In diesem Sinn wird bei der Entscheidung über agrarstrukturelle Fragen gleichzeitig über Produktionsrichtungen und Marktfragen mitentschieden. Auch hieraus erklärt sich das Gewicht, das richtigen Betriebsgrößen beizumessen ist.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Koblenzer Str. 170
Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Dieter Hüb, Dr. Gerhard Kade, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krenzel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.

Schriftleitung: Dr. Horst Seidler, mit der Vertretung beauftragt: Klaus Henkner, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Gustav Ahrens, Buch- und Kunstdruckerei, 1 Berlin 36, Glogauer Straße 19. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.